

Die Initiative ärgert und verunsichert

Masseneinwanderung Der Bundesrat hat gestern auf Zeit gespielt - froh ist niemand

VON STEFAN SCHUPPLI UND DANIEL BALLMER

Pascal Mangold, Chef und Mitgründer der Basler Software-Firma Magnolia International, ist im Prinzip eine Frohnatur. Kommt man auf die Masseneinwanderungsinitiative (MEI) zu sprechen, vergeht ihm das Lachen. Das sei einfach nur «e Seich», sagt er.

Magnolia hat derzeit 12 Stellen offen. Die Firma, die für internationale Konzerne eine Standard-Software entwickelt, wächst rasch und braucht IT-Spezialisten. In Europa ist der Arbeitsmarkt ausgetrocknet, für Arbeitskräfte aus Drittländern sind die Bedingungen restriktiv. Bevor jemand von ausserhalb der EU angestellt werden kann, muss die Stelle mindestens drei Monate auf einer vom Bund aus vorgeschriebenen Plattform ausgeschrieben sein.

Im Ausland wachsen

Er möchte gerne anders, aber für Mangold hat das derzeit die Konsequenz, dass er die benötigten Leute vermehrt im Ausland anstellt, nicht in der Schweiz. Dabei ist Mangolds Firma

Magnolia nur eine von vielen. Auch die Pharmaindustrie ist auf Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen. Und zwar in grossem Stil. Offenbar wird auch dort die behördliche Schraube bereits etwas angezogen. Bei Novartis stellt man fest, dass bei der Besetzung von Stellen «verstärkt geprüft» wird. «Bis heute konnten wir alle Stellen mit den von uns vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten besetzen», sagt ein Unternehmenssprecher.

Gleichzeitig wird in der Politik hart gerungen. In den Verhandlungen über die Masseneinwanderungsinitiative mit der EU hat der Bundesrat noch keine Einigung erreicht. Nun schlägt er vor, die Zuwanderung mittels einseitiger Schutzklausel zu steuern: Wird ein bestimmter Schwellenwert überschritten, muss der Bundesrat jährliche Höchstzahlen festlegen (vgl. Berichte auf den Seiten 2 und 3). Damit gewinnt die Schweiz zwar Zeit, aber die Unsicherheit bleibt. Und Unsicherheit ist bekanntlich Gift für die Wirtschaft: Investitionen werden herausgeschoben oder anderswo getätigt. Im Ausland eben.

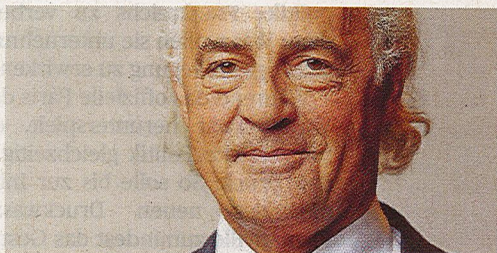


Wird der Grenzübergang zur Grenzhürde? Zoll bei der Hegenheimerstrasse in Basel.

UMFRAGE

Die beste aller schlechten Lösungen

Begeisterung kommt keine auf. Der Bundesrat habe kaum eine andere Möglichkeit gehabt, finden Politiker und Wirtschaftsvertreter aus der Region Basel. Wirklich zufrieden aber ist keiner mit dem Lösungsvorschlag. Hauptsorge: Die Unsicherheit für die Schweizer Wirtschaft bleibt bestehen.



Klaus Endress

«Die zwei Jahre Zeitgewinn sind lobenswert, aber keine nachhaltige Lösung», sagt der Unternehmer aus Reinach. Ab 2019 werden Kontingente eingeführt. «Damit wird die Personenfreizügigkeit abgeschafft. Die Schweiz wird dies hart treffen. Die Schweizer Unternehmen werden sich noch mehr internationalisieren müssen. Dies ist leider keine gute Botschaft für unsere Schweiz!»



Nicolas Dunant

Der Roche-Mediensprecher stellt fest, dass Roche wegen des globalen Wettbewerbs die besten Talente weltweit braucht. «Es ist eine Tatsache, dass viele unserer Fachkräfte aus dem Ausland kommen. In der Schweiz sind das rund 60 Prozent unserer Mitarbeitenden. Die Personenfreizügigkeit ist daher für uns sehr wichtig.»



Thomas Cueni

«Wir begrüßen den Entscheid des Bundesrats für die Ratifizierung des Kroatienprotokolls», kommentiert der Generalsekretär des Verbandes Interpharma. «Dies ist essenziell für die Fortführung der Schweizer Beteiligung am EU-Forschungsprogramm Horizon 2020. Ebenso begrüßen wir die Bemühungen, bei der MEI-Umsetzung eine einvernehmliche Lösung mit der EU anzustreben.»



Christoph Brutschin

«Der Vorschlag des Bundesrats ist nachvollziehbar. Für die Wirtschaft aber bleibt vorerst eine gewisse Unsicherheit», sagt der Basler Wirtschaftsdirektor. «Wir hoffen deshalb weiter auf eine Einigung mit der EU, welche die Personenfreizügigkeit garantiert.»



Anita Fetz

«Ich halte nicht viel von diesem zweistufigen Vorgehen. Der Bundesrat hätte noch bis zum Herbst verhandeln können», findet die Basler SP-Ständerätin. «Liegt bis dahin keine Einigung vor, braucht es nochmals einen neuen Volksentscheid, um die Bilateralen zu sichern.»



Sebastian Fehner

«Ich sehe gar keine andere Möglichkeit. Beschlossen wir jetzt eine nationale Lösung, schliesst das weitere Gespräche mit der EU nicht aus. Das Dublin-Abkommen wird ja auch ständig verletzt. Warum müssen wir uns immer an alles halten?», fragt sich der Basler SVP-Nationalrat.



E. Schneider-Schneiter

«Der Bundesrat hatte gar keine andere Wahl. Was sich mit der EU noch ergibt, wird sich weisen. Eine Einigung dürfte schwierig werden», sagt die Baselbieter CVP-Nationalrätin voraus. «Es bräuchte aber 28 EU-Staaten, um die Personenfreizügigkeit zu künden. Das wäre auch nicht einfach.»